

Kirchen-Appell: Schutz der Menschen in Mittelpunkt von Flüchtlingspolitik stellen

Paderborn (epd). Die Flüchtlingsbeauftragten der westfälischen Kirche und des Erzbistums Paderborn haben eine humane Flüchtlingspolitik angemahnt, die den Schutz des Menschen in den Mittelpunkt stellt. Bei einer Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Paderborn sprachen sich Pfarrer Helge Hohmann, Beauftragter für Zuwanderungsarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen, und Domkapitular Thomas Witt, Sonderbeauftragter für Flüchtlingsfragen im Erzbistum, dafür für einen Abschiebestopp nach Afghanistan und zügigen Familiennachzug aus, wie die Diakonie Paderborn-Höxter am Mittwoch mitteilte. Außerdem müsse auf EU-Ebene eine gemeinsame Linie der Mitgliedsländer in der Flüchtlingspolitik gefunden werden, hieß es.

Der evangelische Pfarrer Hohmann forderte, den Begriff „schlechte Bleibeperspektive“ abzuschaffen. „Das Asylrecht ist ein individuelles Recht, das einzelne Schicksal muss geprüft werden.“ Die Behauptung, Afghanistan sei ein sicheres Herkunftsland, werde jeden Tag widerlegt, ergänzte Witt, der Vorsitzender des Caritasverbandes Paderborn ist.

Hohmann und Witt betonten die Wichtigkeit des Familiennachzug bei der Integration. Zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehört es nach Meinung von Witt zudem, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen. Stattdessen sollten die Betroffenen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II) erhalten.

Das Aussetzen des Familiennachzugs bis März 2018 kritisierten auch der Grünen-Abgeordnete Hartmut Oster und Siegfried Nowak von den Linken. SPD-Politiker Burkhard Blienert hält eine Neubewertung für notwendig. Sehr viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien seien davon betroffen, sagte er. Für ein Einwanderungsgesetz sprachen sich sowohl Blienert als Bernd Schulze-Waltrup (CDU) und Nicola Hagemeister (FDP) aus. Hagemeister forderte zudem mehr Bildungsangebote für Flüchtlinge. unabhängig vom asylrechtlichen Status. Blienert nannte zudem die Themen Wohnung und Arbeit sowie interreligiöser Dialog die zentralen Aufgaben der künftigen Flüchtlingspolitik.

Rund 100 Besucher waren nach Diakonie-Angaben zu dem Podium im Paderborner Lukas-Zentrum gekommen. Aus dem Publikum wurden unter anderem die Themen moralische Verantwortung und deutsche Waffenlieferungen angesprochen und die Frage nach dem besonderen Schutz für Frauen und Kinder gestellt, wie es hieß. FPD-Vertreterin Hagemeister plädierte für eine geschützte Unterbringung von Frauen und Kindern, Sozialdemokrat forderte ebenfalls mehr Sensibilität der Behörden mit schutzbedürftigen Menschen.

Veranstalter der Podiumsdiskussion am Dienstag waren der Caritasverband Paderborn, das Dekanat Paderborn, der Evangelische Kirchenkreis Paderborn, die Diakonie Paderborn-Höxter e.V. und die Regionalstelle der Evangelischen Erwachsenenbildung Westfalen und Lippe e.V.